

# Vom Niedergangsszenario zu hoffnungsvollen Perspektiven. Über die Entwicklung der (Post)Demokratie in der letzten Dekade

Über Colin Crouchs „Postdemokratie revisited“

*Helmar Schöne*

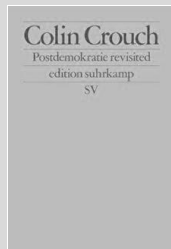
Nicht vielen Autoren gelingt es mit einem Buchtitel begriffsbildend zu werden. Dem Soziologen Ulrich Beck ist das zum Beispiel mit seiner „Risikogesellschaft“ in den 1980er Jahren geglückt. Fraglos gehört auch Colin Crouch in diesen Kreis. „Postdemokratie“ ist zu einer enorm popularisierten Beschreibung für den Wandel der Demokratie im 21. Jahrhundert geworden, die es bis in die Feuilletons geschafft hat. Das Buch Postdemokratie erschien in der deutschen Auflage im Jahr 2008, vier Jahre nach der englischen Originalversion. Dreizehn Jahre später legt der Autor ein Nachfolgewerk „Postdemokratie revisited“ vor, in dem er eine aktuelle Bestandsaufnahme seiner Demokratiediagnose vornimmt. Diesmal brauchte die Übersetzung ins Deutsche nur ein Jahr.

Um die Postdemokratie zu beschreiben verwendet Crouch das Bild einer Parabel. Die Hochphase der Demokratie bildet den Scheitelpunkt der Parabel. Diesen „Augenblick“ der Demokratie sieht er in Nordamerika kurz vor dem 2. Weltkrieg, in Deutschland ab den 1960er Jahren. In diesen Phasen gelang es der Politik, den Märkten Grenzen zu setzen und wichtige gesellschaftliche Bereiche – etwa den Bildungsbereich und die sozialen Sicherungssysteme – der Marktregulierung zu entziehen. Das war möglich, weil die Nationalstaaten einen Rahmen für die politische Steuerung ihrer Gesellschaften boten. Die Verringerung sozialer Ungleichheit und demokratische Modernisierung galten als zwei Seiten einer Medaille. In der Tat waren diese Phasen durch ein wachsendes Niveau der politischen Beteiligung bestimmt, wie es vorher kaum existiert hat.



**Helmar Schöne**

Professor für Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd



Colin Crouch (2021)

Postdemokratie revisited, Berlin: Edition suhrkamp, 278 S.

Weil die Postdemokratie auf dem absteigenden Teil der Parabel verortet ist, erscheint Crouchs Analyse als Niedergangsszenario. Die postdemokratische Phase ist nicht undemokratisch; die Demokratie ist nicht abgeschafft. Es ist kein plötzlicher Systemwechsel auszumachen, vielmehr stehen wir vor einem schleichenden Substanzverlust der Demokratie. In der Postdemokratie existieren weiterhin die Institutionen der parlamentarischen Demokratie, also Wahlen, Wahlkämpfe, die Konkurrenz verschiedener Parteien und die Gewaltenteilung – das alles ist weitgehend intakt. Aber der Legitimationsprozess politischer Entscheidungen ist gestört, weil die Verbindung zwischen dem Volk und den politischen Eliten unterbrochen ist. Die Bevölkerung ist passiv, ihr Vertrauen in die Politik ist verloren gegangen, oft wird auf Politiker nur noch zynisch reagiert.

In seinem neuen Buch verwendet Crouch für die Beschreibung der Eigenarten der Postdemokratie folgendes – sehr passende und einprägsame – Bild, das wir vor allem aus u.s.-amerikanischen Wahlkämpfen kennen (S. 18): Parteigänger jubeln einem Redner zu und schwenken dabei Schilder. Diese Schilder sind aber nicht selbstgefertigt, sondern von Parteimitarbeitern ausgehändigt worden. Ein Blick hinter das übertragende Kamerabild zeigt, dass die Menschen sich vor der Bühne drängen, die Örtlichkeit insgesamt aber eher schlecht besucht ist. Die Demokratie ist zum Showbiz verkommen, das Parteileben wird vom Parteiapparat und nicht den Mitgliedern bestimmt, politische Werbung hat die politische Repräsentation ersetzt. Das alles habe die „Ermüdung“ und „Erschlaffung“ der Bürger zur Folge (S. 39).

Sicher hat auch die – teils heftige – Kritik, die seiner Verfallstheorie entgegen-schlug Crouch zu seinem zweiten Buch motiviert. Wolfgang Merkel, der bekannte deutsche Demokratieforscher, z. B. hatte grundsätzliche Zweifel am Bild der Parabel angemeldet: Waren nicht die von Crouch propagierten Augenblicke der Demokratie in den USA durch Rassendiskriminierung und in Deutschland durch die Vorenthaltung bürgerlicher Rechte für Frauen geprägt?

Bemerkenswert und in einer Welt schneller Urteile und omnipräsenter Besserwisser überaus angenehm, ist die Klarheit mit der Crouch im neuen Buch nun Irrtümer seiner damaligen Analyse einräumt. Nicht nur Fehleinschätzungen gesteht er ein. Bewusst distanziert er sich von der Verbreitung von Dystopien und Pessimismus und legt den Schluss seines Buches als optimistische Handlungsanleitung an.

In drei Punkten habe er sich geirrt: Er habe die Institutionen vernachlässigt, welche die Demokratie schützen und bewahren. Außerdem habe er zwei wichtige Bewegungen falsch eingeschätzt: Beim Populismus habe er dessen demokratiegefährdenden Charakter unterbewertet und beim Feminismus seinen Beitrag zur Bekämpfung postdemokratischer Zustände übersehen (S. 10). Darüber hinaus hätten sich einige Analysen nicht als falsch erwiesen, aber eine viele größere Dynamik als angenommen entfaltet; dazu gehören etwa der Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten in einer deregulierten Wirtschaft oder der beispiellose Einfluss sozialer Medien – und vor allem ihrer Besitzer und Stakeholder – auf die Politik.

Vor diesem Hintergrund hielt Crouch eine Aktualisierung seiner Postdemokratie-Diagnose für unabdingbar. Dafür beschreibt er in sechs von acht Kapiteln jene Entwicklungen, die seiner Ansicht nach den Trend zur Postdemokratie weiterhin beför-

dern. Dazu zählt er erstens ein Bündel von ökonomischen Ursachen (Ungleichheit und Korruption, Finanzkrise, europäische Schuldenkrise), zweitens den fremdenfeindlichen Populismus und drittens die Auflösung traditioneller sozialer Strukturen und damit von Parteibindungen. Die Ursachenbeschreibung wird eingerahmt von einem einleitenden Kapitel zur Rekapitulation dessen was Postdemokratie ist und einem Schlusskapitel zur Frage, wie es zukünftig weitergehen soll.

Insofern ist Crouchs Selbstkritik im schönsten Sinne dialektisch: Er benennt Irrtümer, deren Ausräumen aber zur Bekräftigung des postdemokratischen Charakters der gegenwärtigen Demokratie beitragen. Auch in diesem Buch spielt Crouch seine Stärken als politischer Essayist aus; virtuos kombiniert er politologische, ökonomische und soziologische Analysen, in denen er aktuelle zeitgeschichtliche Entwicklungen – wie die sozialen Medien oder die Coronapandemie – in langfristige gesellschaftliche Trends einzuordnen weiß. Dazu befähigen ihn seine lange akademische Laufbahn und viele über die Jahre entstandene Publikationen. Bis zu seiner Emeritierung lehrte Crouch, der sein Soziologiestudium Ende der 1960er Jahre während der weltweiten Studierendenproteste absolvierte, an der Warwick Business School in Großbritannien. Zuvor war er von 1995 bis 2004 als Professor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz tätig. Insbesondere auf in dieser Zeit entstandenen vergleichenden Analysen der europäischen Demokratien beruht sein erstes Buch zur Postdemokratie.

Natürlich darf auch im neuen Buch die Abrechnung mit dem Neoliberalismus nicht fehlen, dem Crouch in anderen Werken seine ganze Aufmerksamkeit gewidmet hat. DIE Herausforderung der Gegenwart ist es, dass der Neoliberalismus und der Populismus die Demokratie jeweils von einer anderen Seite unter Druck setzen. Voraussetzungen für die Stabilität von Demokratien sind einerseits ihre Offenheit für die Interessen der Bürger und die Möglichkeit deren Interessen auch gegen die etablierten Eliten zu formulieren sowie andererseits die Existenz machtkontrollierender Institutionen (S. 234).

Der Neoliberalismus verteidigt die formalen politischen Institutionen, versucht aber die Eliten dem Einfluss der Bürger zu entziehen. Konzerne und Wirtschaftsinteressen profitieren vom formalen Rahmen der Demokratie, weil Rechtsstaatlichkeit und das Gesetzgebungsverfahren für die Einflussnahme durch gesellschaftliche Interessengruppen, also Lobbyisten, offenstehen. Aufgrund der zunehmenden Ungleichheit sind die finanzstarken Interessen hier klar im Vorteil. Von Beginn an musste sich die Pluralismustheorie dem Vorwurf stellen, dass ihre Annahme eines freien Marktes der Interessenbildung illusionär sei, weil unterschiedliche Lobbygruppen unterschiedlich einflussreich sind. Insofern ist Crouchs Zugang zunächst wenig originell, er wird aber lesenswert, weil er die vielen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die seit den 1980er Jahren zu einer zunehmenden – systemgefährdenden – Ungleichheit geführt haben, informiert und faktenreich zusammenträgt. Dazu gehören u.a. die wirksame Lobbyarbeit des volkswirtschaftlich bedeutenden Finanzsektors, eine Steuergesetzgebung im Sinne der Wohlhabenden, der zurückgehende Organisationsgrad und damit Bedeutungsverlust der Gewerkschaften, die faktische Privatisierung der Öffentlichkeit durch die sozialen Medien sowie das Outsourcing vormals öffentlicher Dienstleistungen an private Unternehmen. „Daher bevorzugen Kapitalisten

postdemokratische Regierungsformen, in denen demokratische Verfahren und Elemente (...) fortbestehen, die Wählerschaft jedoch passiv bleibt, jeden störenden Aktivismus unterlässt und keine lebendige Zivilgesellschaft hervorbringt, die kraftvoll genug wäre, Gegenlobbys zu bilden und dem stillen Wirken der Wirtschaftsvertreter in den Ministeriumsfluren etwas entgegenzusetzen“ (S. 69).

Der Populismus nimmt die Demokratie von der anderen Seite in die Zange. Er nimmt in Anspruch für das Volk zu sprechen und könnte daher also die Eliten mit legitimen Interessen der Wählerschaft konfrontieren, würde er nicht zugleich die institutionellen Beschränkungen für die Führer des Volkes loswerden wollen – und damit die zweite der o.g. Voraussetzungen für Demokratien in Frage stellen. Daher ist Crouch in der Bewertung des Populismus unmissverständlich klar, obgleich der ja mit der postdemokratischen Analyse die Klage über die Abkoppelung der Eliten von der Bevölkerung teilt. Um keinen Zweifel an dieser Klarheit entstehen zu lassen, bezeichnet Crouch die Populisten als „nostalgische Pessimisten“. Das ist eine gelungene Begriffsbildung, weil sie den Charakter dieser Bewegung auf den Punkt bringt. Der Begriff des Populismus dagegen ist nahe am Bild von responsiven Politikern, die ihr Ohr am Volk haben. Die nostalgischen Pessimisten haben – gleichgültig ob aus den USA, Ungarn, Italien oder Österreich – gemeinsam, dass sie den Willen des Volkes ohne vermittelnde Instanzen mit politischen Führern durchsetzen wollen, die Ausgrenzung aller betreiben, die als Gefahr für die eigene Lebensweise wahrgenommen werden, die Sehnsucht nach einem besseren Gestern teilen und machtkontrollierende Instanzen abzuschaffen versuchen. Damit sind sie per se illiberal und antidemokratisch.

Die Entstehung des nostalgischen Pessimismus erklärt Crouch mit der schwindenden Bedeutung von Klassen- und Religionsbindungen; soziale Indizien bestimmen nicht länger die politische Zugehörigkeit. Die Parteien reagierten darauf mit der Suche nach Unterstützern jenseits ihrer Kernklientel, was wiederum ihre Bindungskraft geschwächt hat und Teile der Wählerschaft noch empfänglicher für die Botschaften des nostalgischen Pessimismus machte (S. 224). Crouch reiht sich in die Reihe jener Beobachter ein, welche die Besinnung auf Nation und Vergangenheit als Reaktion auf die Globalisierung und neue Unsicherheiten sehen. Liberale Gesellschaftsauffassungen, die auf die Europäisierung setzen, stehen nationalkonservative Orientierungen mit dem Fokus auf Heimat und traditionelle Werte gegenüber.

Keine schönen Aussichten also, wenn zwei die politischen Debatten der letzten Jahre dominierende weltanschauliche Strömungen die Demokratie von zwei Seiten herausfordern. Und trotzdem endet Crouch optimistisch, weil sich „inzwischen neue und insgesamt mehr Möglichkeiten für eine Umkehr auf dem Weg zur Postdemokratie aufgetan“ haben (S. 269). Dieser Optimismus speist sich aus Crouchs Beobachtungen über die Entwicklung der aktiven Zivilgesellschaft. Besonders hoffnungsvoll machen ihn die Umweltschutz- und die Frauenbewegung. Die erste, weil sich in ihr eine junge wertorientierte Generation gegen die Programmatik der Neuen Rechten stellt. Die zweite, weil Genderfragen nicht nur eine kulturelle Konfliktlinie darstellen, sondern durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen auch eine materielle. Feminismus wird damit zu einem wichtigen Counterpart zum Maskulinismus des nostalgischen Pessimismus (S. 263).

Trotz des Hohelieds auf die sozialen Bewegungen bleibt Crouchs Idealmodell von Demokratie die repräsentative Demokratie. Ein besseres System ist „nicht leicht zu finden“ (S. 32). Die Aufgabe der demokratischen Zivilgesellschaft besteht darin, „Alternativen und Wahlmöglichkeiten“ hervorzubringen (S. 254), um Druck auf die Parteien auszuüben und Alarm zu schlagen, wenn die Unabhängigkeit demokratischer Institutionen durch den Machtmissbrauch von Politikern gefährdet ist (S. 248).

So endet Crouch am Ende bei der politischen Bildung als einen Weg die Demokratie wiederzubeleben. Mit den Fähigkeiten „selbständig zu überprüfen“, „das Internet kritisch zu nutzen“ (S. 258), „eine reflektierte Haltung“ zu entwickeln“ (S. 259) oder „Schlussfolgerungen aufgrund belastbarer Informationen“ zu ziehen (S. 260), beschreibt er wortreich, was in der Politikdidaktik das Bildungsziel des mündigen Bürgers heißt. Denn das ist auch neu an der „Postdemokratie revisited“: Crouch möchte nicht länger versuchen sich mit der postdemokratischen Entwicklung zu arrangieren, sondern hält es für an der Zeit, dass „wir ihr entschlossen entgegentreten“ (S. 17).